

# Nassauische Heimstätte/ Wohnstadt

## NICHT VERKAUFEN !

Die Landesregierung hat angekündigt, die „Nassauische Heimstätte/Wohnstadt“ verkaufen zu wollen. Auf dem Rücken von über 140.000 Mieterinnen und Mietern will sie damit kurzfristig Geld in den Landeshaushalt spülen.

Der Verkauf führt zu höheren Mieten und zum Aufschub notwendiger Modernisierungen. Das trifft die vielen älteren Mieterinnen und Mieter besonders hart. Räumungsklagen und Mietervertreibungen wären zusätzliche Folgen, wenn Mieterinnen und Mieter die höheren Mieten nicht mehr bezahlen können. Vielen Leistungsberechtigten nach dem Sozialgesetzbuch drohen Zwangsumzüge.

Die Privatisierung von 62.000 Wohnungen in 148 hessischen Städten und Gemeinden wird die Mieten aller Wohnungen in Hessen in die Höhe treiben. Das haben bisherige Wohnungsprivatisierungen gezeigt. Indirekt betroffen wären also alle Mieterinnen und Mieter in Hessen!

### **Bezahlbare Wohnungen statt Gewinne für Konzerne**

Jeder Mensch hat das Recht auf eine Wohnung. Die „Nassauische Heimstätte/Wohnstadt“ ist keine „veräußerbare Ressource“, sondern wichtig für eine soziale Wohnungspolitik in Hessen. DIE LINKE fordert, den sozialen Wohnungsbau massiv auszuweiten. Die Unternehmensgruppe „Nassauische Heimstätte/Wohnstadt“ muss als Instrument der Wohnungs-, Landes- und Stadtentwicklungspolitik ausgebaut werden.

**Bitte wenden!**

Private Wohnungsgesellschaften wollen dagegen Gewinne machen. Die Interessen der Mieterinnen und Mieter sind ihnen egal. Dass ein privatisiertes Unternehmen soziale Verantwortung übernimmt, ist ein Märchen: Im Zweifelsfall haben immer die Gewinninteressen den Vorrang vor sozialen Belangen.

Dies gilt auch bei einer Übernahme durch die Hessische Landesbank. Selbst wenn einzelne Städte die Wohnungen in ihrem Gebiet erwerben, führt das zur Zerschlagung der „Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt“. Vor allem die Mieterinnen und Mieter in ländlichen Regionen hätten das Nachsehen.

## **Privatisierung gemeinsam verhindern!**

DIE LINKE setzt sich als einzige Partei kompromisslos gegen die Privatisierung von öffentlichen Wohnungen, aber auch von Krankenhäusern oder der Wasser- und Energieversorgung ein. Die „Nassauische Heimstätte/Wohnstadt“ wurde mit öffentlichen Mitteln aufgebaut. Sie darf nicht verscherbelt werden, damit das Land Hessen die unnötige und selbst auferlegte „Schuldenbremse“ einhalten kann. Wer Schulden vermeiden will, muss die Steuern für Millionäre, Konzerne, reiche Erben und Spitzenverdiener erhöhen.

■ **Bitte unterstützen Sie den Protest gegen die Privatisierung der „Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt“!**

■ **Zeigen Sie der Politik des Sozialabbaus die rote Karte!**

■ **Unterzeichnen Sie den Aufruf „Die Nassauische muss bleiben!“ des DGB unter:**

**[www.nassauische-muss-bleiben.de](http://www.nassauische-muss-bleiben.de)**

**DIE LINKE. Hessen**  
Allerheiligentor 2-4  
60311 Frankfurt am Main  
Tel.: 069-706502  
Mail: [landesvorstand@die-linke-hessen.de](mailto:landesvorstand@die-linke-hessen.de)

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND HESSEN